

## **Mitschrift - 2. Teil**

Grundlage dieser Mitschrift ist das Protokoll der Schriftdolmetscher der Firma VerbaVoice GmbH, Kronstadter Straße 8, 81677 München. Die Überarbeitung erfolgte durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

### **Dr. Spiecker, Moderator:**

Herzlich willkommen zum Diskussionsforum. Wir sind in der Siestzeit, aber wir wollen die Verdauung nicht stören, sondern Ihnen was mitgeben. Ich freue mich, dass Sie sich am Podium so zahlreich versammelt haben.

Ich begrüße Herrn Markus Sackmann - Staatssekretär, Frau Badura - Behindertenbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Herrn Mederer - Verband der bayerischen Bezirke, Dr. Bernd Schulte - als Wissenschaftlichen Referenten und Herrn Reinhard Kirchner von der LAG Selbsthilfe.

Was haben wir vor? Wir wollen zunächst eine kleine Runde hier auf dem Podium machen mit einigen Fragen zum Thema, dann schauen wir nach Rückfragen. Nach der ersten halben Stunde würde ich gerne versuchen, an die Workshops anzuschließen, nachdem ich aus je einem Workshop einen Beteiligten nach einem Schlaglicht befrage und dann hoffen wir, dass wir es sinnvoll füllen werden.

Wir haben heute schon mit der Ministerin und dem Staatssekretär das federführende Ministerium. Ein wenig wurde mir die Moderation etwas verhagelt. Wann kommt der Aktionsplan - würde ich fragen? Mir wurde gesagt, man würde sich auf den runden Tisch konzentrieren und als Termin wurde Anfang kommenden Jahres benannt. Also so Gott und die Ministerin es will, kommt er.

Was passiert dann Herr Sackmann? Papier ist geduldig, da muss man sehen, was daraus wird. Frau Arnade sagte heute schon, um die amtliche Übersetzung kümmert sich schon keiner mehr. Was planen Sie, wird im Aktionsplan sein?

**Markus Sackmann, Staatssekretär:**

Das gehört auch mit dazu. Es kommt darauf an, dass wir dafür sorgen, dass auch Geld vorhanden ist. Dafür ist der Landtag zuständig, den ich herzlich begrüßen darf. Was mir sehr gefiel war, was der Landtag beschlossen hat. Dass wir regelmäßig darüber zu berichten haben. Keiner kann sich zurücklehnen, wir wollen konkret ans Eingemachte gehen und es umsetzen. Im Juli gehen wir in die Verhandlungen zum Doppelhaushalt.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Wer berichtet dann eigentlich darüber?

Wollen Sie Jemanden von draußen?

Was macht die Staatsregierung?

Wollen Sie sich fremd begutachten lassen?

**Markus Sackmann, Staatssekretär:**

Es ist so, dass es nicht verkehrt ist, wenn andere das begleiten. Frau Badura steht uns zur Seite und drängt uns auch und fragt nach, das ist ihr Auftrag.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Ich habe Sie zitiert, Frau Badura, ein Thema wurde von Herrn Sackmann angesprochen, das Geld. Ein anderes Thema war die Bewusstseinsänderung, die es braucht, dazu hatten wir einen Vortrag - Behinderung neu denken.

Meine Frage: Was würden Sie sagen zur Bewusstseinsänderung, die ein wenig schwammig ist und jenseits der verschiedenen Einzelmaßnahmen, die es braucht, was bräuchte es jenseits? Was könnten Sie sich vorstellen?

**Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte:**

Es geht über den eigenen Verantwortungsbereich hinaus, da schaue ich zur Staatsregierung, wo man sich zukünftig hoffentlich besser findet. Hin zu Ihnen und den Anwesenden, die schon fleißig gearbeitet haben, also die Verbände, die ihre eigenen Belange umsetzen wollen - es muss gesamtgesellschaftlich angepackt werden. Es ist immer wichtig, Wege aufzuzeigen, die schafft man selten ganz allein. Mir ist es wichtig, sich bei den Kommunen planerisch aufzustellen, um das einzelne Bedürfnis zu überwinden.

Sprecherwechsel:

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Es braucht Vernetzung. Andere Netzwerkbeauftragte sitzen hier dabei. Können Sie sich eine Institution vorstellen, um den Austausch auf eine andere Wahrnehmungsebene zu heben?

**Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte:**

Ich sehe eine eigene bayerische Monitoringstelle nicht zwingend als notwendig, aber die Arbeit sehe ich beim Landtag mit den einzelnen Verbänden, um die Maßnahmen im Aktionsplan zu verschriftlichen. Die Kontrolle hierzu muss von denjenigen, die es betrifft, auf alle Netzwerkpartner geschehen. Ich hätte nichts dagegen, wenn der Landtag eine Art Kontrolle verordnet. Ich glaube nicht, dass es eine Stelle allein sein sollte. Ich bin für die bundesweite Monitoringstelle, ich lasse mich aber gern vom Gegenteil überzeugen. Wenn es so ist, auch in Begleitung und Beobachtung, für die Umsetzung der UN-Konvention. Dazu müssen wir mit den politisch Verantwortlichen zusammenarbeiten. Ohne Sie und diejenigen, die hier sind, geht es gar nicht.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Vielen Dank. Von Ihnen Herr Mederer war heute schon die Rede, in den Workshops wurde recht vehement eingefordert, alle an den Tisch zu holen. Es wurde von inklusionsermöglichenden Maßnahmen gesprochen. Sie werden in den Ministerien wahrgenommen. Da wird gefordert, es dürfen Lasten nicht verschoben werden, die Kommunen zahlen schon durch die Eingliederungshilfe. Frage an Sie: Wie sehen Sie Ihren Spielraum in diesem finanziellen Bereich und gleichzeitig, nimmt Sie der Aktionsplan auch in die Pflicht, denn es wird gefordert, dass die Kommunen und Landkreise an der Umsetzung der Pläne arbeiten müssen? Wie ist da der Stand?

**Josef Mederer, Verband bayerischer Bezirke:**

Aktionsplan, da glaube ich, da sind wir mittlerweile sehr gut aufgestellt. Wir sind nicht nur dabei, sondern mittendrin bei der Erstellung der Aktionspläne. Wir haben uns in Oberbayern schon sehr früh mit den Themen beschäftigt. Wir haben einen Inklusionstag und einen Inklusionspreis. Wir haben eine Sozialplanung. Es geht in diese

Richtung und wir sind absolut mittendrin. Das ist ein großer Vorteil für uns. In vielen Bereichen, wenn ich bei den Kindern anfangen: Die Integrationskittas (kittas - Kindertagesstätten). Es war unsere Idee, dies in Regelkittas umzusetzen.

Wir versuchen auch, ich betone, zusammen mit unseren Einrichtungsträgern, Wege zu entwickeln, mehr ambulante Angebote zu schaffen.

Wir haben ein klares Bekenntnis zu Förderschulen, aber es muss auch Angebote geben, dass Menschen von Jugend bis Senior, dass die Teilhabemöglichkeit in der Gesamtheit besteht.

Das Geld - in der Tat ist die Gretchenfrage schlechthin. Bei uns stehen die Menschen, die Hilfe brauchen, im Mittelpunkt. Wir haben ein großes Problem, ich war 18 Jahre Bürgermeister, wir können nicht alles kommunalisieren, wenn es um die Finanzen geht. Hier muss vom Parlament her Geld gegeben werden, da bin ich dem Staatssekretär dankbar, wenn er das sagt. Man muss aufpassen. Wir wollen das Geld vom Bund, aber wie will der Bund das Geld geben, ohne dass er groß mit-spricht? Wir wollen die Regeln in Bayern selbst entscheiden. Wenn wir den Spagat hinbekommen. Es gibt woanders die Überlegungen zum Bundesteilhabepaket. Ich gehe immer zu den Landräten hausieren. Wir brauchen eine Aufgaben- und Kostentransparenz. Es ist nötig, dass es Menschen zugutekommt, die in den eigenen Landkreisen wohnen. Die Menschen müssen bezahlen. Was mit dem Geld passiert, muss transparent sein.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Herr Kirchner, Sie arbeiten seit vielen Jahren an der Vernetzung für Selbsthilfegruppen in Bayern. Mir ist ein Satz aufgefallen, den ich nicht ganz verstehe und wollte Sie fragen, wie Sie das sehen: Es ist die Rede von einem möglichen Zielkonflikt von Selbstbestimmung und Inklusion. In dem Fall ist von Schule die Rede, dessen sich auch der Landtag angenommen hat. Gibt es einen Zielkonflikt und warum schreibt man das dann?

**Reinhard Kirchner, Geschäftsführer LAG Selbsthilfe**

Ich verstehe es auch nicht ganz. Es gibt keinen Zielkonflikt. Frau Dr. Arnade sagte, wir müssen Behinderung neu denken. Wollen wir eine inklusive Gesellschaft? Wollen wir Bürger, die behindert sind, ob sie von Anfang an zu unserer Gesellschaft gehören? Was ich in den Arbeitskreisen erlebt habe, die ich sehr begrüße, weil wir gesagt

haben, auch die Politik muss offen geführt werden. Das ist positiv anzuerkennen. Man muss die Chancen nutzen.

Was ich aber bemerkt habe: Ich verstehe nicht, dass sich im Zusammenhang mit Inklusion, die Bedenken Träger viel zu sehr vor Ort melden - wenn man gewissermaßen die Behindertenrechtskonvention umsetzen muss. Mir fehlt, dass wir den Mehrwert der Inklusion erkennen müssen. In allen Bedingungen, die wir starten wollen, muss ein Mehrwert gelegt werden. Das müssen wir planen und organisieren. Ich bin kein Utopist, aber strukturelle Bedingungen sind durch die Gesetzgebungen vorgegeben. Wir brauchen diese Zielsetzung und wir müssen uns auf den Weg machen, aber bitte nicht nur im Sinne der Bedenken und der Möglichkeiten. Wir können uns nicht vorstellen, dass ein schwerstbehindertes Kind im Kindergarten dabei sein kann. Ich habe es persönlich in Skandinavien erlebt. Dieses behinderte Kind war in einer normalen Kindergartengruppe. Was ist der Mehrwert? Dieses Kind lebt mittendrin. Es ist dabei. Andere Kinder können erleben, dass es Kinder mit Behinderung gibt. Selbstbestimmung und Teilhabe, ich denke das kann nicht gehen. Die haben sich auch organisiert und wir bieten unseren Ratschlag an. Alle sind kompetente Vertreter und es ist die Voraussetzung dafür, dass ich teilhaben kann.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Herr Schulte, die Wissenschaft kommt gewissermaßen zuletzt. Ich habe besonders an Sie die Frage: Sie sind als Sozialrechtler durch Ihre Beratungstätigkeit auch international unterwegs und betrachten die Umsetzung mit Blick auf die anderen Länder. Wie sehen Sie die Situation in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern. Skandinavien wurde genannt. Wie ist Ihr Blick, wo steht Deutschland, speziell Bayern?

**Dr. Bernd Schulte, Wissenschaftlicher Referent:**

Wir befinden uns in der Champions League. Die Herausforderung ist besonders groß. Die BRD (Bundesrepublik Deutschland) ist eine der ersten Staaten, die diese Konvention ratifiziert hat. Seit dem 26.03.2009 ist die Konvention in Kraft und wird umgesetzt. Spanien ist ähnlich weit, aber die Umsetzung ist noch nicht so weit wie bei uns. Wie ist die Diskussion in diesen Ländern? So viel wie bei uns getagt wird, das ist in anderen Ländern noch nicht der Fall. Die Umsetzung der Konvention ist in anderen Ländern eine besondere Herausforderung. Wir haben eine komplexe Landschaft. Das tritt neben unser geltendes Recht.

Entspricht unser geltendes Recht den UN-Konventionen?

Im Großen und Ganzen ist alles in Ordnung. Bei genauer Betrachtung geht das internationale Recht weitgehend über unsere Gesetzeslage hinaus. Da sind kompetente Betroffene, die dieses Gesetz gemacht haben. Im Unterschied zu den anderen Konventionen ist dies unmittelbar umsetzbar. Die verantwortlichen Politiker, wären vermutlich vorsichtiger gewesen. Für uns ergibt sich insofern viel. Es gibt zwei verschiedene Stränge, wie man Behindertenrecht machen kann:

Der eine ist historisch. Unser Behindertenrecht im SGB ist konkreter, als das in Vergleichsländern. Andere Länder sind einen anderen Weg gegangen und haben ein Anti-Diskriminierungsrecht gemacht. Und dieses Diskriminierungsrecht ist bei uns etwas, was bei uns schwer eingängig ist. Deutschland hat keine Antidiskriminierungskultur.

Es wird Ihnen aufgefallen sein, dass wir heute Morgen von Chancengleichheit gesprochen haben. Das heißt, dass wir in diesem Bereich einen Nachholbedarf haben. Da sind uns die anderen Länder voraus. Bei Rückständen ist man bemüht, diese zu beseitigen - in etwa, dass man mit Rollstühlen in Busse kommen kann. In anderen Städten gibt es Männer, die Behinderten in die Busse helfen. Wir müssen von diesen Ländern lernen und haben einen Nachholbedarf. Aber wir sind bisher ganz gut aufgestellt. Der Entwurf ist gut, wenn es auch gewisse Lücken gibt, die man noch ausfüllen muss.

Man müsste beispielsweise das Wahlrecht partizipieren. Artikel 12, Betreuungsrecht mit dem Einwilligungsvorbehalt etc. Aber wir sind auf einem guten Weg und das Material, das auf dem Tisch liegt, ist beeindruckend.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Jetzt sagten Sie, Deutschland steht gar nicht schlecht, ich bin kein Freund von Vergleichen. In der Politik ist es doch besser, sich mehr auf sich selbst zu konzentrieren. Ich merke, dass eine gewisse Zufriedenheit beim Aktionsplan durchscheint, wo gesagt wird, Bayern sei auf gutem Weg und vieles wurde durch Integration vorher schon erfüllt. Ich erinnere mich an den Bereich der Schule, dass von einem bayerischen Wege gesprochen wird. Was sehen Sie als besondere Kerne bayerischer Integrationspolitik, Herr Sackmann? Man könnte es so formulieren, was sind die guten Punkte und die, wo Sie sagen, da können wir noch was tun?

**Markus Sackmann, Staatssekretär:**

Ich möchte sagen, wir können zufriedener schauen als andere. Ich möchte ausdrücklich benennen, beispielsweise – Kindergarten. Dass wir frühzeitig sagten, Kinder mit Behinderungen, da gibt es einen erhöhten Bedarf. Ich glaube, dass die Bezirke neue Wege mit beschrritten haben. Ein wichtiger Punkt ist die Frage, wie können wir all das finanzieren? Das Bundesleistungsgesetz wurde eingebracht, die Ministerin wird ihn in die übernächste Sitzung einbringen, da heben wir uns ab von anderen. Es war oft in Ordnung, dass die gesetzlichen Regelungen so sind, wie sie sind, aber heute muss der Bund mehr mit in die Verantwortung gehen. Der Entwurf ist mit Stand vom 20.04.2012, wie Sie sehen, allein die Ergebnisse sind in der Diskussion, wo wir eine Menge verändert haben. Wir sollten heute abwarten und wenn man den Plan verabschiedet, wird sich auch dort einiges verändern. Ich glaube, dass wir selbstkritisch bleiben und immer daran arbeiten, was kann ich besser machen.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Ich muss gemein sein, ich habe ein wenig Nicken gesehen bei der Selbstzufriedenheit. Sehen Sie Felder, wo besonderer Bewegungsbedarf herrscht?

**Reinhard Kirchner, Geschäftsführer LAG Selbsthilfe**

Ich denke, die Schwierigkeit liegt innerhalb der Rahmenbedingungen, wo wir überlegen müssten. Wenn ein Träger z. B. sagt, ich möchte eine Einrichtung, wo ambulant und stationär zusammengelegt werden, gibt es Schwierigkeiten, die es fast unmöglich machen. Ich denke, es sind Bedingungen, wo wir große Inklusionsideen haben aber nicht in der Lage sind, so ein Problem zu lösen. Warum ist es nicht möglich, dass in diesem Bereich die Leistung so als Inklusionsleistung beschrieben wird? Damit ambulante, stationäre aus einer Hand finanziert werden, dann könnten sie doch - ich kann es nicht verstehen, vielleicht geht es nicht, dass sich auch die Verwaltung auf die Verwaltungsvorschrift beruft. Dass das gemeinsam als Komplex finanziert wird. Da müssten wir politisch noch dran arbeiten. Wenn man in diesen kleinen Schritten einen Durchbruch haben möchte.

Schule: Ich bin froh, dass da vorangegangen wurde. Ich habe heute gehört, da sind einige Begriffe, die uns nicht ganz gefallen - mit der Wahlfreiheit, da müssen wir von dem Begriff wegkommen.

Frau Arnade sagte wann eine Wahlfreiheit besteht - wenn Eltern und Schüler wollen, dass sie so versorgt werden. Das sind die konkreten Probleme.

Das sind die Probleme, die wir in den Feldern haben. Da ist die Kompetenz der Eltern, die wissen, wie es mit ihren Kindern ist. Es ist leider - ich könnte viele negative Beispiele anbringen - eines habe ich noch - Netzwerk Frauen - wir haben die Esther, die bei uns in der LAG mitarbeitet. Sie ist in der Werkstatt und bei uns tätig, als Werkstattgänger. Die Werkstatt ist nicht in der Lage, die Dienstleistung von außen zu leisten. Würde man sie verrenten lassen, hätte sie eine 24-Stunden-Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Das sind Punkte, wo man nicht verstehen kann, dass wir von Inklusion reden. Da könnte ich manchmal narrisch werden.

### **Josef Mederer, Verband bayerischer Bezirke:**

Wir haben leider Gottes ein Schubladendenken. Was kostet es usw. Wir haben unheimlich viel Geld im System, wenn man das zusammenfassen könnte, könnten wir viel mehr leisten. Ich kenne das - im Pflegeheimbereich - wo gelten die Heimrichtlinien und wo nicht mehr? Da müssen wir ansetzen bei den Problemen. Wir stehen erst am Anfang der Inklusion. Es muss noch viel passieren. Wir sind mittendrin in Oberbayern. Wir versuchen, die Finger in die Wunde zu legen. Integration in den Köpfen muss umgesetzt und gelebt werden. Eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderung ist auch, wenn man die aus der Sozialhilfe finanziert. Es heißt doch, nachrangig Sozialhilfe, wenn sich jemand nicht mehr allein helfen kann. Das muss erreicht werden - nicht ausgrenzen. Da müssen wir ansetzen, da sind wir dabei, das geht nur im Verbund mit Einrichtung, Politik und Verbänden. Wir haben schon etwas erreicht, sind aber noch nicht zufrieden. Hat man ein Ziel, hat man auch einen Weg. Wir haben uns auf den Weg gemacht - bitte um etwas Geduld, aber Aktionspläne - da sind wir auf dem Weg, aber es braucht einer gemeinsamen Anstrengung. Wir wollen einen eigenen Aktionsplan aufstellen, der muss aber im Konsens stattfinden - mit dem Ministerium usw. Es kann nicht jeder etwas Neues erfinden. Wir wollen unsere Aufgaben so erfüllen, wir stellen uns der Herausforderung.

### **Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte:**

Wenn ich noch mal die Vertreter der Bezirke in die Pflicht nehmen darf, was die Entwicklung angeht, bin ich das?



Schulbegleiter- und Assistenz-Thematik, mit Pflege und Kinder- und Jugendhilfe. Ich wünsche mir ein bezirksübergreifendes Konzept, ein Zusammensetzen der politisch Verantwortlichen in den Bezirken. Es wäre schlecht, wenn wir uns immer nur von Einzelfällen jagen lassen, es gibt gesamte, größere und komplexere Aufgaben, die in Steuerung und Finanzierung von den Bezirken und Kommunen gemeistert werden müssen. Da vermisste ich das bis in den letzten Winkel das gleichberechtigt zu verteilen.

**Josef Mederer, Verband bayerischer Bezirke:**

Wir werden immer Handlungsbedarf haben, aber wir haben in der Jugendhilfe - ein Konsenspapier erarbeiten können, wer Hilfe braucht, muss sie bekommen. Wir haben ein Papier erreicht, alle Landräte und Bürgermeister haben unterschrieben, wir hören nichts mehr davon, aber die Idee war gut.

Schulbegleitung: Wir haben den Aufgabenbereich in Schwaben zu diskutieren gehabt, wie es mit den Gebärdensprachdolmetschern zu laufen hat.

Hochvisionär dann das Hauptthema, die Zuständigkeit. Ich gehe immer hoch, wenn ich höre, da sind wir nicht zuständig. Wer ist denn dann zuständig? Das muss doch im Gesetz verankert werden. Wir sind ausgleichszuständig. Wir versuchen, die Dinge zu regeln und nun heißt es für den pädagogischen Bereich, sei ausschließlich Bayern zuständig. Wenn im Gesetz stünde, für den pädagogischen Bereich ist Bayern zuständig und für den anderen die Bezirke, wäre es eindeutig. Es ist schade, aber da muss noch was passieren - da erwarte ich eine Nachjustierung. Wenngleich das Problem nicht gelöst ist, da brauchen wir Rahmenbedingungen.

Konkrete Frage bei den Mädchen in Schwaben.

Es kann nicht sein, dass es dauernd hin- und hergeschoben wird. Ich halte das nicht für richtig, dass solche Diskussionen immer wieder geführt werden. Wir hätten uns auch damals gefreut, wenn die Bezirke hier mitgespielt hätten. Ehrlich gesagt hatten wir kein Geld, aber wir haben es erreicht.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Das mag ein Beispiel sein, auch wenn es mit weiteren Planungsschwierigkeiten verbunden ist. Bevor wir das Podium weiter öffnen wollen, noch eine Frage in aller Kürze an Herrn Schulte: Jetzt kam schon das föderale System etc. Die Frage ist:

Braucht es eine veränderte Struktur des Sozialstaats insgesamt, wenn wir uns zu einer inklusiven Gesellschaft entwickeln wollen.

**Dr. Bernd Schulte, Wissenschaftlicher Referent:**

Das wäre wünschenswert. Auf Grund der UN-Behindertenrechtskonvention können wir nicht unser gesamtes System ändern. Unser Gesundheitssystem besteht aus gesetzlicher und privater Versicherung.

Sie müssen auch die Pflegeversicherung mit einbeziehen. Das zeigt, dass unser System sehr komplex ist und aus Anlass der Inklusionsdebatte können wir versuchen, besser zu kooperieren. Beispielsweise das SGB VIII, hier müsste man eine einheitliche Lösung finden, dass nicht bestimmte Kinder unter SGB XII oder VIII fallen. Wir können jetzt unter dem Vorzeichen Behindertenrechtskonvention versuchen, hier Änderungen vorzunehmen. Wenn es im Bundesrat auf Zustimmung stieße, dann wäre das ein Stück bessere Integration. Besonders dort, wo es Schwierigkeiten gibt, dort muss man die Baustellen angehen.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Der Aktionsplan ist unser Gegenstand und hat in den Phasen schon einige Veränderungen durchgemacht. Herr Sackmann hat betont, dass weitere Änderungen hinzukommen sollen. Jetzt habe ich vorher, als ich durch die Workshops ging, ganz Unterschiedliches aufgeschnappt. Manche waren enttäuscht, ebenso war ein wenig, ins Feld der Religion spielend, von Hoffnung die Rede. Ich möchte jetzt in all der Kürze zumindest einige Schlaglichter noch auf die Workshops werfen. Das will ich nicht selber tun und ich möchte einige Beteiligte um kurze Stellungnahme bitten. Hier steht nun bei mir als erstes die Barrierefreiheit. Herr Wagenfeld aus diesem Bereich hat mit mir gesprochen. Auch das weite Feld der barrierefreien oder barrierebehafteten Kommunikation war auch ein Thema. Bitte Herr Wagenfeld:

**Thomas Wartenberg:**

In unserem Workshop haben wir barrierefreie Kommunikation diskutiert. Dabei haben wir gemerkt, dass wir vor allem in den öffentlichen Rundfunkanstalten leider im Moment noch nicht die Barrierefreiheit haben, die wir uns wünschen bzw. die wir fordern.

Wir sind übereingekommen, dass diese Stellen auch einen ganz großen Vorbildcharakter haben und dass diese Vorbildfunktion erfüllt sein muss. Und die Frage war: Wie lässt es sich überhaupt umsetzen?

In Bayern haben wir bei der Gestaltung der Kommunikation sehr unterschiedliche Ausführungen. Es gibt zu viele verschiedene Anlaufstellen, wo man Beratung erfährt. Da wünschen wir uns zum einen, dass wir mehr Untertitel in den Fernsehsendungen finden, aber auch Audiodeskription ist ein wichtiges Thema und auch, dass Texte in einfacher Sprache verfasst werden. Auch die Menschen mit Migrationshintergrund sind angesprochen. So viel von unserer Gruppe.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Vielleicht kann ich die Wortmeldung an Frau Badura weiterreichen. Es braucht eine Vereinheitlichung. Sind Sie in der Lage, so eine zentrale Anlaufstelle zu errichten?

**Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte:**

Wenn ich das tagtäglich in meiner Geschäftsstelle wahrnehme. Wir tun, was wir können. Ich bin froh, dass unsere Internetseite einen hohen Anspruch an Barrierefreiheit erfüllt.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Die nächste Arbeitsgruppe sitzt hier vorne. Herr Weber, Sie waren in der Gruppe mit dem Thema „Arbeit“. Gibt es ein besonders brennendes Problem, was heute neu aufgetaucht ist?

**Roland Weber:**

Bewusstseinsbildung bei den Arbeitgebern, um den Mensch mit Behinderung den Arbeitsmarkt näher zu bringen. Besser: Argumente benutzen statt Sanktionen, also keine Ausgleichabgabenerhöhung. Es sollen Gespräche geführt werden. Der Mehrwert: Wie viel Mehrwert steckt in Menschen mit Behinderung die oft zu Hause sind und ihr Tun nicht in den Markt bringen können? Was noch angesprochen wurde, dass 5 % der Menschen mit Behinderung eingestellt werden sollten. Inklusion soll heißen, dass solche Hürden auch mit diesen Prozentlösungen gemacht werden können. Deshalb würde ich euch bitten, solche Zahlen heraus zu nehmen.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Ich weiß, dass Sie mit der Landtagspräsidentin einen Preis verleihen, was würden Sie als wichtigen Schritt zu größerer Integration sehen?

**Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte:**

Es gibt im Arbeitsbereich viele Möglichkeiten, es braucht aber zwei, die zusammenkommen. Einen Arbeitgeber, der will, der einen Blick dafür hat und es braucht den Menschen mit Behinderung, der Arbeit sucht und die passenden Fähigkeiten und Leistungen mitbringt. Wir haben viele gute Bindeglieder. Die machen ja da und dort Schule, aber der Durchbruch gelingt uns noch nicht. Daher kommen wir zurück auf die Bewusstseinsbildung bzw. Offensein - was heißt es - ich will so in der Gesellschaft angenommen werden, wie ich bin und nicht in eine Schublade gedrückt werden.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Darf ich die Frage an Herrn Sackmann weiterreichen? Ist es etwas, was Ihnen auch schon begegnet ist oder etwas, was Ihnen fern ist?

**Markus Sackmann, Staatssekretär:**

Es ist ein tagtägliches Problem, wir haben die Frage des Arbeitsmarktes gemeinsam in Regensburg diskutiert, sehr intensiv. Es gibt keine Veranstaltung, wo ich nicht darauf hinweise, dass Menschen mit Behinderung der Aufschwung weniger gut erreicht hat.

Es ist ein Thema, weil wir ständig von Fachkräftemangel sprechen. Es sind sehr wohl Leute dabei, bei denen wir von Fachkräften sprechen können. Da ist jemand, der eine Bewerbung nach der anderen schreibt, es ist eine Frage der Einstellung. Es war bei dieser Veranstaltung kein TV-Sender da, nur die örtliche Presse.

Jede der Firmen war eine Musterfirma. Die eine Firma aus dem Metallbereich hatte super Steigerungsquoten bei Menschen mit Behinderung. Der eine sagt vielleicht, das ist vielleicht auch eine Barriere. Wir tun uns allerdings in der Politik leichter, wenn wir solche Zahlen haben, wobei es auch andere Beispiele gibt. Das kommt bei mir täglich vor.

**Josef Mederer, Verband bayerischer Bezirke:**

Wir müssen unser ganzes Arbeitssystem auch in den Blick nehmen und fragen, ob in so einer Gesellschaft die Frage nach Arbeit für Menschen mit Behinderung einen Platz bekommt. Wir haben uns in einem Netz organisiert, da sind die Verbände mit drinnen. Wir dürfen nicht nur den Blick auf die Sonderbereiche sehen und wir müssen den behinderten Menschen mit einbeziehen.

Es ist schwer, den Leistungsanforderungen, die Menschen mit Behinderung zu integrieren am normalen Arbeitsmarkt.

Es ist das Angebot der Werkstätten da, nimmt doch das Angebot an.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Bildung: Von der frühkindlichen bis universitären Bildung, dies abzudecken, geht alles nicht. Alles, was hier noch nicht Raum hat, mag in ihren Eingaben ans Ministerium Platz finden. Ich erfuhr, dass eine große Offenheit dem gegenüber herrscht, seien Sie nicht enttäuscht, wenn wir nur einige Schlaglichter werfen können. Nun Frau Ohlenforst, bitte:

**Sandra Ohlenforst:**

Mittelpunkt war die Hochschule - die inklusive Hochschule als ein Schritt der Umsetzung des Aktionsplanes.

Die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen fehlt noch, ohne diese kann man das Konzept schlecht umsetzen. Kann man ein Anreizsystem in den Vordergrund stellen? Natürlich sind Landesmittel zur Barrierefreiheit wichtig. Wichtig auch die Sensibilisierung der Dozenten und Verwaltungsmitarbeiter. Auch die Hochschulleitungen sind für das Thema Inklusion offen, man muss die Leute sensibilisieren und erklären, was Behinderung bedeutet.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Ich möchte die Frage der Finanzen herausgreifen. Herr Dr. Schulte, hier braucht es eine Aufgabe, die schon wahrgenommen wurde, hier bräuchte es einer Verständigung der Beratung und der Fürsorge an den Hochschulen. Man kann es nicht einfach vermehren das Geld. Gibt es in der Architektur Unterstützung? Mittel, die man anders definieren könnte, damit man Mittel herbeischafft oder müssen wir Steuern erhöhen?

**Dr. Bernd Schulte, Wissenschaftlicher Referent:**

Ich bin froh, dass man vom vorhandenen Kuchen ausgeht und fragt. Wir müssen davon ausgehen, dass die Hochschulen mehr Selbstverwaltung haben. Ihr (die Hochschulen) müsst euch zentraler als bisher darum kümmern Prioritäten setzen, um Menschen mit Behinderung, Barrierefreiheit zu gewähren. Sie sind Selbstverwaltungskörperschaften mit hohem Anspruch an sich selbst. Man kann auch sagen, dass Stipendien gezielt nach sozialen Kriterien verteilt werden müssen. Wir haben einen Zwang des Vergaberechts zu respektieren. Es gibt ein Vergaberecht, soziale Kriterien einzuführen. Da kann man sagen: Das Unternehmen bekommt einen Auftrag, wenn es so und so viele Menschen mit Behinderung beschäftigt. Da kann man die Wirtschaft in die Verpflichtung nehmen. Weil ich zufällig weiß, dass in anderen Aktionsplänen diese Aspekte schon angesprochen wurden, würde ich vorschlagen, dass man stärker auf Länderebene, die Länder untereinander, die Aktionspläne vergleichen lässt und einen Mehrwert daraus nimmt.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Aus dem Bereich der Gesundheit, eine Mammutaufgabe mit unterschiedlichen Fragestellungen. Herr Möhrmann.

**Karl-Heinz Möhrmann:**

Zu meinem Bedauern muss ich sagen, die Botschaften sind offensichtlich nicht angekommen. Zum Vergleich: Urlaub auf dem Bauernhof wurde eine ganze Seite gewidmet - hier sollte man die Prioritäten überdenken. Psychische Behinderung muss rein in Barrierefreiheit Arbeit und Wohnen, das ist, was ich dazu sagen wollte. Ich würde aber noch gern zu Gesundheit allgemein was hören.

**Dr. Stefanie Spieckenbaum:**

Ein paar Beispiele, Barrierefreiheit in allen Bereichen des Gesundheitswesens und die Berücksichtigung von behinderten Menschen bei Forschung und Palliativmedizin. Ich werde es mitnehmen und mit den Kollegen überlegen, inwieweit direkte Handlungsmöglichkeiten bestehen oder wir Einfluss auf den Gesetzgeber nehmen können.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Psychische Gesundheit: Bemerken Sie, dass es etwas ist, was in größerem Maße auftritt?

**Josef Mederer, Verband bayerischer Bezirke:**

Der Gesundheitsbereich ist bei uns richtig angesiedelt. Wir stellen fest, dass immer mehr Menschen psychische Probleme haben, woher auch immer, aber sie sind da. Im somatischen Bereich haben wir eher Stagnation. Ich möchte zu bedenken geben, seit 1976 gab es einen Quantensprung. Weg von der Ausgrenzung, hin zur flächendeckenden Versorgung. Nicht die großen Kliniken, sondern psychiatrische Stationen werden angedockt. Hier wird eine Barriere über lange Zeit hin abgebaut. Wohnortnah schaffen wir niederschwellige Angebote in den psychiatrischen Diensten. Menschen werden in der Prävention betreut. Hier geben wir viel Geld aus. Früher haben die Krankenkassen über 18 % übernommen. Es ist ein unheimlich wichtiger Bereich. Wir wollen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Oberbayern ein Angebot schaffen. Ambulant vor stationär, aber wir wollen daran festhalten, dass es Kompetenzzentren geben muss. Ich meine, wir sind hier weit gekommen, aber in den Köpfen muss es passieren. Es darf kein Mensch stigmatisiert werden.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Für den letzten Bereich, der sich dem Wohnen gewidmet hat.

**Herbert Borucker:**

Ich werde kurz versuchen, die Argumente zusammenzufassen.

Im Fokus stand die Nachfrage nach ambulanten Angeboten. Sind genügend vorhanden? Das wurde eindeutig verneint. Es fehlt also an Angeboten. Bei Assistenz- und Hilfeformen gibt es Hürden und Widerstände. Es kommen die sogenannten "Schubladen" in Betracht. Auch Sie (Blick auf Josef Mederer) schauen für Ihre Bezirke - wann bin ich zuständig und wann nicht.

Ich nenne als Stichwort: Ambulantes Wohnen. Das ist für Betroffene und Angehörige oft schwer nachzuvollziehen. Das Schlüsselargument ist das Wohnrecht. Wenn man davon ausgeht, dass nicht in Schubladen und Kategorien gedacht wird, dann kommt man sehr schnell an ganz unterschiedliche Settings und muss nicht mehr diese Fragen durchgehen.

Was braucht der Mensch mit Behinderung?

Dann wird nicht mehr danach gefragt, ob eine Assistenz erforderlich ist. Dann sind wir an dem Punkt, dass wir nicht mehr den Reibungsverlust haben. Ich habe jetzt das bessere Konzept, es geht häufig um die Frage: Welche Hilfen können den Menschen geboten werden?

Fazit: Es muss klar sein, dass man zu inklusiven Wohn- und Assistenzangeboten kommt und es ist noch viel Arbeit notwendig. Dazu ist es auch notwendig, neue Wege zu gehen und das betrifft alle Leistungserbringer in gleichem Maße.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Der Blick auf die Uhr sagt, dass jeder von Ihnen noch dieses und jenes beizutragen hätte. Wir wollen uns noch die Zeit nehmen, eine kurze Abschlussrunde von hier oben zu machen. Ich darf die Runde mit Herrn Dr. Bernd Schulte eröffnen und nach seinem Rat fragen.

**Dr. Bernd Schulte, Wissenschaftlicher Referent:**

Die Initiativen sind der richtige Weg. Das zweite Element ist die Zusammenarbeit von Staat (Bund, Länder und Kommunen). Die Betroffenen sollen hinzugezogen werden und weiter besprochen werden.

Was das ganze inhaltlich angeht, haben wir eine gewisse Schiefelage. Wir konzentrieren uns zu sehr auf den Sozialleistungsaspekt. Wenn man nochmal von der Prämisse ausgeht, wie man es optimieren kann, dann muss man die Prioritäten, wie Hochschulen, neu setzen.

Wir haben keine Anti-Diskriminierungskultur. Die Frauenquote wird auch sehr stark diskutiert. Ein Umdenken in der Gesellschaft und die Inpflichtnahme von Arbeitgebern mit Rechtsmittel müssen vorausgesetzt werden. Im Bereich Bildung: Der Zugang zur Regelschule ist erzwungen worden, dass **jeder** ein Recht hat. Im Zusammenhang mit Inklusion - sehr stark. Es sollte auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Wenn Sie, Herr Mederer, sagen, was sind Ihre nächsten Schritte und Pläne?  
Was könnten Sie da sagen?



**Josef Mederer, Verband bayerischer Bezirke:**

Hier ist die Inklusion ein zentraler Punkt. Drum kritisiere ich es ja. Das ist ein zentraler Ansatz, wir wollen Inklusion in allen Bereichen leben, visionär denken. Wir wollen den ambulanten Bereich ausbauen und stärken, es muss aus der Verantwortung gesehen werden. Wir wollen mit unserem Berufsbildungswerk den umgekehrten Weg gehen und wir haben ein Projekt mit Mercedes Benz. Visionen gibt es genügend, wir sind mittendrin: Betreute Wohnformen, all diese Aktionen, Inklusion in allen Bereichen. Da gibt es eine Fülle von Aufgaben. Langeweile wird nicht bestehen, in einem Jahr kann man sicher ein Resümee ziehen.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Dass keine Langeweile aufkommt, dafür sind Sie zuständig. Wo sind für Sie die wichtigsten Elemente, die umzusetzen sind?

**Reinhard Kirchner, Geschäftsführer LAG Selbsthilfe:**

Der Plan ist ein Plan. Damit sollte man nicht so viele Wünsche verknüpfen. Unsere Kritik, die wir haben, ich finde es unangemessen, das in zwei Fachtagungen zu diskutieren. Wir sind nicht die Regierung, haben es nicht zu verantworten. Wir wollen beraten und bieten dafür unsere Hilfe an. Wir werden die Politik daran messen, wie damit umgegangen wurde. Wir werden der kritische Mahner sein und nicht nachlassen. Wenn die Kritik nicht kommt oder es nicht ernst genommen wird, das wäre fatal, aber wir sind auf einem guten Weg.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Herr Sackmann machte darauf aufmerksam. Zwei Wortmeldungen geben wir noch die Chance. Es wurde deutlich gesagt, was hier besprochen wurde, wird Eingang finden in den weiteren Beratungen, auch wenn es Netzwerkcharakter hat, zwei Wortmeldungen noch:

**Unbekannt:**

Ich komme aus Augsburg, ich möchte zwei Dinge ansprechen. Zweimal haben wir über die Finanzierung gesprochen, ich denke, wir müssen schauen. Wir haben auch darüber gesprochen, es gibt auch eine Bringschuld um Inklusion in die Gesellschaft zu bringen.

Es geht mir darum, dass wir bewusst den Weg nach draußen gehen, um die Gesellschaft für unsere Belange zu sensibilisieren, da sind wir in großer Bringschuld. Wir müssen wahrgenommen werden.

**Frau Dr. Arnade**

Danke, dass ich noch mal was sagen darf. Herr Schulte, Sie sprachen davon, wir spielen in der Champions League - wir spielen in der Bildung maximal in der Amateurliga. Es wundert mich, dass im Forum nichts über die schulische Inklusion gesagt wurde. Ist das nicht diskutiert worden oder ist man in Bayern mit der niedrigen Quote zufrieden oder hat man beschlossen, das soll alles so bleiben oder wie ist das eigentlich?

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Vielleicht darf ich dazu was sagen?! Herr Weigel hat schmerzverzerrt gelächelt, es ist ein großes Thema gewesen, Landtagsabgeordnete sind auch da, es hat sich eine Fraktion gefunden, die eine Neuordnung des bayerischen Schulsystems sieht. Es gibt unterschiedliche Raten inklusiver Beschulung. Bayern hat einen höheren Förderschulanteil.

Ich darf zum Schluss die beiden Schlussstatements von Herrn Sackmann und Frau Badura abfragen. Herr Staatssekretär, Sie machten deutlich, etwas mitzugeben, so dass ein Input an die Ministerien geht.

Wie beurteilen Sie die Lage und Qualität der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und was wird man in den kommenden Jahr noch schaffen?

**Markus Sackmann, Staatssekretär:**

Es ist ein Thema, was die gesamte Gesellschaft betrifft. Der gemeinsame Gesetzesentwurf (Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG) war ein starkes Signal, zu dem alle Parteien sagten: Wir gehen das zusammen an!

Ich habe das so noch nie erlebt. Ich möchte danken für viele, viele Anregungen. Wir sind nicht allein für den Aktionsplan zuständig. Es kommt auch nicht allein aus dem Sozialministerium. Wir werden uns hüten, den Ministerien zu sagen, streich das auf drei Sätze zusammen. Ich danke wirklich für die Anregungen der Fachkongresse!

Wir werden mit Ihnen diskutieren - was haben wir umgesetzt, was steht drinnen? Ich wünsche mir, dass wir weiterhin im Dialog stehen.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Die Stimme der Vertreter der Betroffenen: Was wäre Ihr Auftrag an uns von Seiten der Menschen mit Behinderung für die anderen? Was sind Ihre Forderungen an uns, an diesen Kreis, an die Umsetzung der Konvention?

**Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte:**

Wunschkonzerte habe ich immer gerne.

Wesentlich ist dieses „ins Gespräch kommen und bleiben“, da muss ich sagen - ich schaue den Beauftragten der Menschen mit Behinderung an - es ist sehr viel passiert und wir stünden nicht da mit dem Aktionsplan, wenn wir nicht so gut zusammen gearbeitet hätten, wenn Sie mich nicht angeschoben hätten.

Der Wunsch bleibt, dass diese Mitsprachemöglichkeit von den Beauftragten, auch in den Kommunen, verbessert wird. Und eine gute Förderung der Selbsthilfeorganisationen, damit sich die Menschen besser engagieren können, denn da haben wir die Grenze, dass Assistenz wenn sie möglich ist, z. B. um bei Versammlungen teilzunehmen. Wer bezahlt hier den Gebärdensprachdolmetscher? Da gehen die pragmatischen Fragen los. Ich wünsche mir die Assistenz mit verschiedenen Kostenträgern, dass das zukünftig besser wird und sich weiter entwickelt.

Ein Teil ist der Aktionsplan, da wünsche ich mir eine gute Zusammenarbeit mit dem runden Tisch. Ich werde mein Mögliches dazu beitragen. Ich muss jetzt ganz schnell ins Rathaus (Folgetermin). Darf ich mich entschuldigen.

**Dr. Spiecker, Moderator:**

Ihnen allen einen guten Weg! Herr Sackmann, Herr Kirchner, Herr Dr. Schulte: Stimme erheben an Menschen, die im Bezirk wirken. Ich darf Ihnen allen ein gutes Händchen wünschen.

Es ist am Ende eines solchen Tages geboten, allen im Hintergrund zu danken, dem Landesbehindertenrat, von Seiten des Ministeriums, denn solche Veranstaltungen entstehen nicht von alleine, da braucht es Menschen, die sich der Belange annehmen.

Ich danke Herrn Sackmann und Frau Badura, Herrn Rappel, Frau Bartel, Frau Schwab, die mit organisierten. Alle Nichtgenannten mögen mir verzeihen. Beteiligung ist weiterhin gefragt. Jeder von Ihnen konnte sich nicht hier mit seiner Stimme verlautbaren lassen aber überall sonst als Multiplikatoren. Erzählen sie, dass es in Bayern gewünscht ist, dass man im Prozess teilhat. Ich kann Ihnen verraten, dass ich an der Akademie Tutzing dieses Anliegen der Menschen mit Behinderung immer als Beispiel für andere Bereiche der Gesellschaft erwähne.

Ich darf mich bei Ihnen für Ihr Sitzfleisch bedanken!